



## Ruf nach Verstaatlichung der Axpo

Der Energiekonzern Axpo gerät in Schwierigkeiten und der Bund muss eingreifen. Der Ruf nach mehr Kontrolle durch den Staat wird lauter. Dem Unternehmer Peter Gehler, der in diversen Gremien aktiv ist, geht das aber viel zu wenig weit.



Axpo betreibt unter anderem das Kernkraftwerk Beznau.

### Interview: Jocelyn Daloz

Seitdem bekannt wurde, dass der Bund dem Energiekonzern Axpo mit einem Rettungsschirm von vier Milliarden Franken unter die Arme greift, werden von Seiten der Politik Stimmen laut, die mehr Kontrolle über das Unternehmen fordern. Nun kommt eine weitere Stimme aus der Wirtschaft mit einer radikalen Forderung: Die Axpo und die BKW sollten nicht mehr den Kantonen, sondern dem Bund untergeordnet sein. Das verlangt Peter Gehler, Vize-Verwaltungsratspräsident des Zofinger Pharmakonzerns Siegfried.

**Es gibt bereits viele Ideen, um die Axpo stärker zu kontrollieren und somit die Energieversorgung der Schweiz zu stärken. Inwiefern unterscheidet sich Ihre Idee von jenen aus der Politik?**

*Peter Gehler:* Für mich geht das alles zu wenig weit. Bei der Energieversorgung auf nationaler Ebene müsste der Bund selber namhaft beteiligt sein.

**Was schlagen Sie denn konkret vor?**

Momentan wird die Stromver-

sorgung von einigen Grosskonzernen und unzähligen kleinen Versorgern garantiert. Das ist unüberschaubar und gefährlich für unsere Energieversorgung. Das erinnert mich an die Gründung der SBB, als wir viele kleine Bahnen miteinander unter den Fittich des Bundes zusammenführten, da es klar wurde, dass der Bahnverkehr nicht durch private Firmen gewährleistet werden konnte, aber von nationaler Relevanz war.

**Das heisst, der Bund würde**



## die Axpo, die Alpiq und die BKW verstaatlichen?

Ja, wenigstens den Teil, der die Energieversorgung betrifft. Wobei es auch eine private Firma  
**«Wenn die Kantone jetzt nach dem Bund schreien, dann zeugt das ja von einem strukturellen Problem.»**



**Peter A. Gehler**

Unternehmer sein könnte, die einfach, ähnlich wie die SBB heute, einen klaren Leistungsauftrag hat. Ich glaube jedenfalls nicht, dass die Kantone in der Lage sind, die Versorgung des Landes mit genügend Strom zu günstigen Preisen zu leisten. Das muss eine Bundesaufgabe sein.

## Warum können das die Kantone nicht?

Weil sie unterdessen andere Interessen haben. Ursprünglich hatten diese Unternehmen ja den Auftrag, die Stromversorgung sicherzustellen. Aktuell geht es allerdings mehr darum, Gewinn zu machen und den Kantonen und Gemeinden Dividenden auszuschütten. Es ist ja nicht verboten! Aber die meisten dieser Unternehmen gehören dem Staat und sollten einen ent-

sprechenden Auftrag haben. Wir haben es gesehen: Der Bund weist die Verantwortung auf die Kantone zurück, die für die Energieversorgung zuständig sein sollen, diese wiederum sehen sich seit 2009 von diesem Auftrag entbunden.

## Und umgekehrt sagen die Kantone jetzt, sie könnten den Unternehmen keine Rettungsschirme anbieten, weil sie dazu keine gesetzliche Grundlage haben.

Genau. Wenn die Kantone jetzt nach dem Bund schreien, dann zeugt das ja von einem strukturellen Problem. Die Axpo hat ebenfalls so argumentiert: Die Milliarden des Rettungsschirmes hätten von den einzelnen Parlamenten in den einzelnen Kantonen genehmigt werden müssen. Diese Unternehmen sind somit nicht beweglich genug, um in einer Krise agil zu reagieren.

## Dass gerade Sie, ein liberaler Wirtschaftsvertreter, von einer zentralisierten Verstaatlichung reden, erstaunt.

Der Staat hat ja schon seit jeher alles in der Hand, man muss nichts mehr verstaatlichen. Es geht nur darum, auf welcher Ebene er welche Verantwortung übernehmen soll. Wenn es sich bei der Axpo, den BKW und den kleineren Versorgern um privatwirtschaftliche Unternehmen handeln würde, dann müsste man diesen einen klaren Leistungsauftrag auf einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage erteilen. Aber das ist

ja nicht der Fall.

## Man könnte Ihnen entgegennehmen, dass ein solches Vorhaben wenig Chancen hat.

Ja, ich nehme an, dass sich die Kantone wehren werden. Aber der Bund könnte so etwas anstreben und ich finde, er müsste das. Ich könnte mir auch vorstellen, dass einige Kantone angesichts der Risiken selber Interesse hätten, die Verantwortung für die nationale Energieversorgung abzugeben. Die Kantone ihrerseits sollten in ihrem Einflussgebiet für Ordnung sorgen. Alle diese kleinen Gemeindewerke sind nicht mehr zielführend.

## Eine solche Forderung wäre ein radikaler Wandel. Weshalb haben wir sie in dieser Form noch nicht gehört?

Vielleicht haben alle Angst davor, was zu tun wäre, um das umzusetzen. Aber solche Überlegungen sind wichtig, sonst stürzen wir von einer Krise in die andere. Denn es wird nicht besser. Der Ukraine-Krieg gibt uns lediglich einen Vorschmack der Energiekrise, die wir ab 2025 befürchteten, weil dann offenbar der Bedarf wesentlich höher ist als das Angebot, auch wegen fehlender internationaler Verträge. Christoph Blocher hat in der «Weltwoche» einen Strom-General gefordert: Der Begriff ist vielleicht unglücklich gewählt, aber die Stossrichtung unterstütze ich. Die Kompetenzen in diesem Bereich gehören auf die Bundesebene.

## Zur Person



Peter A. Gehler war jahrelang in der Geschäftsleitung und als Kommunikationschef des Zofinger Pharmakonzerns Siegfried aktiv. Mittlerweile ist er Vizepräsident des Verwaltungsrates. Er ist unter anderem auch Vorstandsmitglied des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse und des Chemie- und Pharmaverbandes Scienceindustries.